

Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Lessingstrasse 1
80336 München

Vorsitz 2005
Landes-Caritasverband

Tel.: 089/ 5 44 97 - 0
Fax: 089/ 5 44 97-187
info@caritas-bayern.de
www.lagfw.de

Presseinformation

27. Juli 2005

Die LAGFW zur Bundestagswahl 2005:

Solidarität ist kein Auslaufmodell

Nicht der Sozialstaat ist das Problem, sondern sein Abbau

**Statement
von
Prälat Karl-Heinz Zerrle**

Landes-Caritasdirektor
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Keine guten Jahre für die sozial Schwachen

Die letzten Jahre waren keine guten Jahre für sozial schwache, für arbeitslose und kranke, für pflegebedürftige Menschen und für Familien.

Fast alle so genannten Reformen, gleich, ob sie in Berlin (Gesundheitsreform, Hartz IV) oder in München (Konsolidierung des Staatshaushaltes) gemacht wurden, verfehlten den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Denn sie belasteten einseitig die sozial Schwachen und Hilfebedürftigen und forderten zu wenig die Solidarität der Stärkeren und Starken ein. Ihre Ziele, die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme haben die Reformen nicht erreicht. Offenbar ist eine Politik, die einseitig bei den sozial Schwachen spart und die sozial Bessergestellten und die Wirtschaft durch Steuererleichterungen begünstigt, nicht geeignet, die sozialen Probleme in Deutschland nachhaltig zu lösen.

Diese Politik wird nicht selten mit Vorurteilen gegenüber denen legitimiert, die unter ihr leiden. Da wird zum Beispiel Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern pauschal Faulheit unterstellt - obwohl man genau weiß, dass es viel zu wenig Arbeitsplätze gibt. Da werden die alten und älteren Menschen, die Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut und zu Wohlstand geführt haben, als Plünderer des Sozialsystems diffamiert.

Die Freien Wohlfahrtsverbände spüren in ihren Einrichtungen Tag für Tag: Wer bei den Schwachen spart, fördert sicher nicht ihre Eigeninitiative.

Die Opfer der Sozialpolitik von Bund und Land

Die Opfer dieser Entwicklung werden täglich in den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände sichtbar. Nur ein Beispiel:

- Auch in Bayern wächst offenbar die Zahl relativ armer Menschen. Das haben die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der **Caritas** im Rahmen der Allgemeinen Sozialberatung festgestellt. In manchen Landkreisen ist die Zahl der

Menschen, die bei der Caritas wegen einer finanziellen Notlage anfragen, seit 2002 um bis zu 50 Prozent gewachsen. Besonders betroffen sind allein Erziehende Frauen und Arbeitslose. Die Caritas gibt Ratschläge für den Umgang mit Behörden, bietet Schuldnerberatung an und gibt in manchen Städten und Landkreisen kostenlos Kleider und Lebensmittel ab. Armut und Arbeitslosigkeit sind auch Themen in der Ehe- und Erziehungsberatung.

Keine weiteren Reformen als Belastung der sozial Schwachen

Der Sozialstaat darf nicht weiter zu Lasten und auf Kosten der Arbeitslosen, Kranken und sozial Schwachen umgestaltet werden. Konzepte, die dies vorschlagen, lösen die sozialen Probleme nicht nachhaltig, sondern führen zu weiteren sozialen Verwerfungen. Sie sind auch ökonomisch fragwürdig, weil sie die Kaufkraft breiter Massen schwächen. Mit Sozialabbau allein kann man weder den Sozialstaat sichern noch die Wirtschaft ankurbeln.

- **Beispiel Gesundheitsreform:** Praxisgebühr, höhere Zuzahlungen zu Medikamenten und Heilbehandlungen sollten eigentlich die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung senken und somit die Lohnnebenkosten entlasten. Die Gesundheitsreform mit ihren finanziellen Mehrbelastungen für die Versicherten hat aber offenbar dazu geführt, dass gerade die Menschen, die eine regelmäßige Versorgung brauchen, und sozial Schwache weniger zum Arzt gehen und weniger Medikamente kaufen.
- **Beispiel Hartz IV:** Die Wohlfahrtsverbände haben 2004 vor einem weiteren Armutsschub bis hinein in die untere Mittelschicht durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Sozialhilfeniveau (Hartz IV) gewarnt. Zwar war es richtig, die beiden Systeme für arbeitsfähige Personen zusammenzulegen. Aber man kann nicht Arbeitslosen die Unterstützung zusammenstreichen und sie zum Aufbrauchen ihrer oft genug nur kleinen Ersparnisse zwingen, ohne dass man ihnen gleichzeitig verlässlich Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, von denen sie leben können. Hier wird der Wechsel in der Sozialpolitik deutlich: Politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich verursachte Probleme werden privatisiert.

Sozialpolitik ist wertorientiert

Aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lässt sich der Auftrag des Sozialstaates ableiten: Der Staat muss für den sozialen Ausgleich zwischen sozial schwachen und starken Gruppen und Personen sorgen. Und er muss die Existenzgrundlagen seiner Bürgerinnen und Bürger nachhaltig sichern und ihnen ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen.

Die Krise des Sozialstaats ist nicht nur eine Finanzierungskrise. Sozialpolitik braucht klare Wertvorstellungen. Je mehr man über die ökonomischen Bedingungen des Sozialstaats redet, um so mehr muss man auch über das zugrunde liegende Menschenbild und über die Aufrechterhaltung der Werte, die für unsere Gesellschaft wichtig sind sprechen. Kranke, behinderte, pflegebedürftige, arme und verzweifelte Menschen brauchen fachliche Hilfe und vor allem Solidarität.

Leitende Prinzipien für eine Konsolidierung des Sozialstaats und der Gesellschaft sollen Personalität, Solidarität, Nachhaltigkeit und Subsidiarität sein. Sie fordern die Beachtung der Würde jedes einzelnen Menschen, seine Pflicht zur zumutbaren – ich wiederhole: zumutbaren - Eigenverantwortung und seine Pflicht zur Solidarität; diese Pflichten müssen sich an den realen finanziellen und persönlichen Ressourcen der Einzelnen und ihrer Familien orientieren. Die Orientierung am Gemeinwohl ist eine gemeinsame Aufgabe von allen Bürgerinnen und Bürgern, von Wirtschaft und Politik. Sie erfordert soziale Gerechtigkeit, die die Schwachen trägt und ihnen die Möglichkeit zu einem eigenverantwortlichen Leben eröffnet.

Die Menschen müssen sich wieder auf die Hilfe des Staates in der Not verlassen können. Das ist nicht der Fall, wenn sie von Woche zu Woche mit neuen unausgegorenen politischen Schreckensmeldungen überhäuft werden. Und es ist schon gar nicht der Fall, wenn die Politik von Jahr zu Jahr ihre finanzielle Basis schmälert.

Der Sozialstaat der Zukunft muss **zugleich aktiv und aktivierend** sein.

- Der Sozialstaat darf sich aus seiner im Grundgesetz vorgegebenen Verantwortung nicht zurückziehen und die großen sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alterssicherung oder Pflegebedürftigkeit, die den Einzelnen und die Familie überfordern, immer weiter privatisieren. Er muss die Teilhabe aller am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen, soziale Ausgrenzung verhindern, sowie Verteilungs- und Chancengerechtigkeit ermöglichen. Sozialpolitik muss Gerechtigkeit in den Ausgangs- und Zugangsbedingungen zu den materiellen und immateriellen Gütern wie Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Arbeit, Wohnung und Absicherung der elementaren Lebensrisiken schaffen und sichern. Insbesondere die Bildung als der zentrale Mechanismus zur Verteilung gesellschaftlicher Teilhabe erfordert nachhaltige Konzepte.
- Der Sozialstaat muss seine Leistungen andererseits aktivierend erbringen. Die Hilfen müssen so konzipiert sein, dass sie eine Hilfe zur Selbsthilfe sind. Wer nur Leistungen kürzt, aber zum Beispiel keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft, bietet keine Hilfe zur Selbsthilfe.

Neue politische Akzente

Aus dieser Perspektive sind neue politische Akzente zu setzen. Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel, eine neue Hinwendung zu einer solidarischen Politik. Das heißt:

- Der Sozialstaat nützt allen und braucht deshalb alle. Am notwendigen Umbau des Sozialstaates müssen folglich **alle gesellschaftlichen Gruppen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit** durch Beiträge und Steuern beteiligt werden. Starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache. Wie immer die Sozialversicherungen umgebaut werden, ob in Richtung einer Bürgerversicherung oder in Richtung eines Prämiensystems: dieses solidarische Element muss strukturell verankert sein.
- Wir brauchen eine **Politik aus einem Guss**: Steuerpolitik, die Reform der Sozialsysteme und andere soziale Reformen müssen aufeinander abgestimmt sein.

- Das sozialpolitische Augenmerk der Politik muss sich besonders auf die 30 Prozent der Bevölkerung richten, die **kein Vermögen und nur ein geringes Einkommen** haben. Die Auswirkungen aller Reformen auf diejenigen, die von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Überschuldung betroffen sind, sind mehr als bisher zu berücksichtigen.
- Kein Nationalstaat kann allein die sozialen Herausforderungen bewältigen. Im Zeitalter der Europäischen Union und der Globalisierung der Märkte und Werte gilt es bei der Konsolidierung des Sozialstaates auch, die **internationale Einbettung nationaler Politik** zu bedenken.
- Natürlich darf die heutige Generation ihren **Nachkommen** keinen hoffnungslos überschuldeten Staat hinterlassen. Aber schnelles Kürzen für einen Haushalt ohne Neuverschuldung wie in Bayern kann schon mittelfristig, erst recht langfristig bewährte und bedarfsgerechte soziale Strukturen zerschlagen. Auch in 20, in 50 und in 100 Jahren wird es zum Beispiel Menschen mit Behinderung geben. Wenn wir heute schon nachhaltige Vorsorge für ihre Betreuung treffen, dann ist dies nicht allein eine Belastung für unsere Nachkommen, sondern ein Dienst für sie.
- Arbeitsmarktreformen sind wichtig. Aber oberste Priorität muss die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen auf dem Ersten Arbeitsmarkt haben, die ein existenzsicherndes Einkommen garantieren. Die **Arbeitsmarktreformen** sollten nachgebessert werden. Das Hauptproblem von Hartz IV ist der Mangel an Arbeitsplätzen. Druck auf die Arbeitslosen löst das Problem nicht. Die Vermittlung und die Förderung von Langzeitarbeitslosen kann noch verbessert werden.
- Hartz IV darf Menschen nicht in **Armut** treiben. Die durchgängig pauschalisierten Leistungen berücksichtigen keine besonderen Lebenssituationen wie die frühere Sozialhilfe, in denen ein erhöhter Bedarf vorliegt (zum Beispiel für Kleidung, Gebrauchsgegenstände, Wohnungseinrichtung). Das ist zu ändern.
- Mehrere Kinder zu haben, darf kein Armutsrisiko bleiben. Die finanzielle Förderung von **Familien**, die Stärkung ihrer Erziehungskompetenz und die gleichzeitige Vereinbarung von Familie und Beruf sind Grundpfeiler für die Zukunft von

Staat und Gesellschaft. Der Schutz von Ehe und Familie hat für ausländische Familien gleichermaßen zu gelten.

- Die Finanzknappheit der öffentlichen Kassen und der Sozialsystem ist uns bewusst. Dennoch weisen wir auf den Reformbedarf in einigen weiteren sozialen Bereichen ausdrücklich hin. Ein bundeseinheitliches Leistungsgesetz für Menschen mit **Behinderung** muss die auf verschiedene Kostenträger verteilten Zuständigkeiten zusammenführen. Das schafft Transparenz und spart Kosten. - **Freiwilliges Engagement** ist im Steuerrecht und im Rahmen der Sozialversicherungen anzuerkennen. Bei allen neuen Gesetzen ist zu prüfen, ob sie ehrenamtlichem, freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement entgegenstehen. - **Integration** ist die humanitäre Antwort auf die Migration und ihre Folgen. Der Staat muss die finanziellen und strukturellen Mittel dafür bereitstellen. Er hat auch das Recht, die Bereitschaft zur Integration bei den Migrantinnen und Migranten einzufordern. - Der Gleichstellungsgrundsatz für **Frauen** des Grundgesetzes muss endlich verwirklicht werden. Eine gerechte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsfunktionen und an bezahlter Arbeit ist sicherzustellen. Gezielte Frauenförderung ist weiterhin notwendig. Die finanzielle Absicherung von Frauen, unabhängig von deren familiärer Lebensform, durch eine eigenständige Altersabsicherung ist angesagt. Dazu gehören - für Frauen und Männer! - eine angemessene Anrechnung von Erziehungsleistung auf die Rente sowie eine Anrechnung von langjähriger ehrenamtlicher Arbeit auf die Rentenanwartschaftszeiten. - Die finanziellen Leistungen aus der **Pflegeversicherung** wurden seit deren Einführung im Jahre 1995 kaum verändert. Eine nachhaltige Reform sollte die Beträge den aktuellen Entwicklungen anpassen und mit einer Dynamisierung versehen.

Selbstverpflichtung der Freien Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege ist der Auffassung, dass auf Grund der demografischen Entwicklungen, der Entwicklung der öffentlichen Finanzen und der Krise der Arbeitsgesellschaft der Sozialstaat umgebaut werden muss.

Sie sieht sich dabei selbst in der Pflicht. Sie hat deshalb in den vergangenen Jahren ihre Ziele und Aufgaben, die Struktur, Organisation und Qualität ihrer Einrichtungen analysiert und für die geänderten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen tauglich gemacht. Dieser Modernisierungsprozess wird permanent weitergeführt.

Allerdings ist zu beachten, dass eine qualitativ hochwertige Sozialarbeit, Therapie und Pflege auf Dauer nur geleistet werden kann, wenn die von der Politik im Bund, im Land und im Kommunalbereich verantworteten finanziellen Rahmenbedingungen dies auch ermöglichen. Ein nachhaltiger Umbau des Sozialstaates muss berücksichtigen, dass Leistungen des Sozialstaates nicht nach Finanzlage der öffentlichen Haushalte disponibel sein können.

Der Sozialstaat ist keine Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern ein Standortvorteil. Auch die Politik und die Wirtschaft müssen zur Kenntnis nehmen, dass ökonomischer Erfolg auf einer objektiv vorhandenen und subjektiv empfundenen sozialen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beruht. Denn erst sie schafft Motivation und Solidarität. Erst soziale Sicherheit, die auf Solidarität beruht, sichert den sozialen Frieden.

Von der Politik und der Wirtschaft wird kaum zur Kenntnis genommen, dass der Sozialbereich selber ein Wirtschaftsfaktor ist, der Arbeitsplätze schafft und die Binnennachfrage massiv ankurbelt. Ein Großteil der vom Staat zur Verfügung gestellten Gelder für soziale Einrichtungen und damit für die Menschen in Not fließen über Lohn- und Einkommenssteuern, Mehrwertsteuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Der Sozialbereich finanziert sich aus dieser gesamtwirtschaftlichen Perspektive über den Multiplikatoreffekt teilweise fortwährend selbst.

Die Freie Wohlfahrtspflege bietet der Politik auf allen Ebenen ihre Beratung bei der Suche nach Lösungen an.